

## **Offener Brief an unsere Ministerpräsidentin Hannelore Kraft**

### **Entscheidung im Bundesrat 17. Dezember 2010** ***Armut ist nicht verhandelbar***

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin,

mit Sorge sehen wir wie die Bundesregierung ihre Hartz IV Regelsätze und weitere Neuregelungen im SGBII durchpeitschen will. Offenbar ohne auf nennenswerten Widerstand zu stoßen.

Die ermittelten Regelsätze sind willkürlich und entsprechen keineswegs den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts. Gesellschaftliche Teilhabe findet auf Gutscheinen statt, deren finanzielle Ausstattung eher symbolischen Werts ist und über deren Vergabe Fallmanager der Jobcenter entscheiden. Selbstbestimmtes Leben sieht anders aus. Menschen, die sich um Arbeit bemühen und keine finden, weil keine Arbeit da ist, sollen noch schärfer sanktioniert werden als bisher. Gleichzeitig wächst der Markt der befristeten Arbeitsverhältnisse, der Teilzeit- und Mini-Jobs, unter dem vor allem Alleinerziehende und da wiederum, vor allem Frauen und Kinder zu leiden haben. Sie sind und sie werden diejenigen sein, die weiterhin am Sozialtropf hängen. Für ein Land wie NRW, das sich immer noch im Strukturwandel befindet, deren Kommunen seit Jahren überschuldet sind, ein fatales Zeichen.

Wir haben den Eindruck: Hier wird nicht Krieg gegen Armut geführt, sondern gegen die Armen. Wir möchten nicht in einer Gesellschaft leben, in der Reiche immer reicher und Arme immer ärmer werden, in der die bürgerliche Mittelschicht, von Existenzängsten getrieben, nach oben kuschelt und nach unten tritt. Wir sehen unsere Demokratie in Gefahr, wenn die soziale Lage weiter verschärft wird.

Wenn es Ihnen als Sozialdemokratin noch ernst ist, nutzen Sie Ihre politische Macht, die Ihnen Ihre Wähler aus NRW verliehen haben: Verhindern Sie am 17.12.2010 dieses ungerechte und menschen-unwürdige Gesetzesvorhaben im Bundesrat! Lassen Sie sich auf keine faulen Kompromisse ein: Armut ist nicht verhandelbar!

Ihre Bürgerinnen und Bürger aus der Mitte der Gesellschaft.